09.09.2013 Reutlinger Nachrichten

# Verdi-Chef Frank Bsirske unterstützt Beate Müller-Gemmeke im Wahlkampf

Sie schätzen sich gegenseitig sehr. Und Verdi-Chef Frank Bsirske wie auch die Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke fordern beide das Gleiche: Mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Von NORBERT LEISTER



*Soziale Gerechtigkeit oder vielmehr soziale Ungerechtigkeit in Deutschland bemängelten Verdi-Chef Frank Bsirske und Grünen-Abgeordnete Beate Müller-Gemmeke am Freitagabend in Reutlingen. Foto: Norbert Leister*

In Deutschland werde "steuerpolitische Reichtumspflege" betrieben, sagte Frank Bsirske während seines Vortrags in der Gaststätte "Waldesslust" am Freitagabend. Was eigentlich ein denkbar schlechter Termin gewesen sei, wie der deutsche Verdi-Chef kurz vor seinem Auftritt anmerkte. Warum? Na, sommerliche Temperaturen und dann auch noch Fußballspiel der deutschen Nationalmannschaft. Aus Nürnberg war er an diesem Tag gekommen, dort hatte er bei einer Veranstaltung vor rund 300 Menschen gesprochen - in Reutlingen waren es rund 25.

Aber: Es ging um Werte, wie Müller-Gemmeke betonte. Um Werte und Gerechtigkeit. Während die Bundeskanzlerin nämlich immer wieder betone, Deutschland stehe doch äußerst gut da, sprächen Zahlen und Fakten eine deutlich andere Sprache: "Langzeitarbeitslose sind die Verlierer", so die Grünen-Bundestagsabgeordnete, die dafür kämpft, erneut in das Parlament einzuziehen. Sie bemängelte auch die Zwei-Klassen-Medizin, "die Unterfinanzierung der Krankenhäuser auf Kosten des Pflegepersonals". Und genauso wie Beate Müller-Gemmeke ging auch Frank Bsirske auf den dringend notwendigen Mindestlohn ein.

Der Verdi-Chef erläuterte auch warum: Im Einzelhandel seien die Regaleinräumer als eigene Branche ausgelagert worden, sogar ein Arbeitgeberverband wurde gegründet, der dann einen Tarifvertrag festlegte - mit einem Lohn von maximal 5,20 Euro. Selbst den großen Handelsketten sei das als zu niedrig erschienen, sie legten etwas drauf bis hin zu 6,50 Euro. Und genau deshalb sei ein flächendeckender und bundesweiter Mindestlohn von 8,50 Euro dringend notwendig, allerdings

mit einer anschließenden Aufstockung. Es erinnere an Hohn, wenn "Merkel sagt: Mindestlohn nur da, wo keine Tarifverträge gelten", so Bsirske.
Natürlich müsse auch den Schein-Werkverträgen ein Ende bereitet werden, "da hat die Bundesregierung über viele Jahre hinweg weg- und nicht zugeschaut". Grundsätzlich gelte: Niedrige Löhne, die heute schon nicht zum Leben reichen, führen logischerweise auch zu Altersarmut. "Und die kündigt sich jetzt schon massenhaft an", so Verdi-Chef Bsirske. Allerdings stünden nicht nur die Menschen im Niedriglohnbereich vor der Altersarmut: "34 Beitragsjahre brauchen heute Menschen mit einem Durchschnittslohn von 2500 bis 2900 Euro, um im Alter Hartz-IV-Niveau zu erreichen", betonte Frank Bsirske. Wer aber heute weniger verdient - wie viele Frauen nach der Kinderpause - müssten 44 Jahre in die Rentenversicherung einbezahlt haben, um zumindest auf knapp 400 Euro zu kommen.
"Man muss sich das mal vorstellen, dass in den Jahrgängen 1956 bis 1965 die Hälfte aller Männer in den neuen Bundesländern mit ihrer Rente nicht über Hartz IV raus kommen", zeigt sich der Verdi-Chef empört. Mit sozialer Gerechtigkeit habe das nichts zu tun.
Was dagegen zu tun sei? 0,1 Prozent der deutschen Gesellschaft besitzen laut Bsirske rund 2,2 Billionen Euro. Die reichste Frau in Deutschland verzeichne jeden Tag einen Vermögenszuwachs von 2,6 Millionen. Und genau diese Leute sowie Menschen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 80 000 Euro sollten mehr zur Finanzierung der sozialen Gerechtigkeit herangezogen werden. Denn: "Wir sind eine Steueroase für die Schonung der Vererbung reicher Vermögen", betonte Frank Bsirske. "Und das ist ein Luxus, den wir uns nicht länger leisten können."